

**„EUROPA JENSEITS DER EU – KROATIEN AUF DEM WEG  
IN DIE EUROPÄISCHE UNION“**

- Referenten:** Daniel Gluncic, Botschaft Kroatien  
Klaus-Peter Willsch, MdB, Beauftragter des Deutschen Bundestages für die  
Beziehung zum Kroatischen Parlament
- Moderation:** Dr. Michael Albus, Publizist und TV-Journalist
- Veranstalter:** Renovabis  
State Legislative Leaders Foundation
- Termin:** 13. April 2005, 19:00 Uhr
- Ort:** Kathedralenforum St. Hedwig, Bernhard-Lichtenberg-Haus  
Hinter der katholischen Kirche 3, 10117 Berlin

Der EU-Beitritt Kroatiens ist ein Thema, das in den letzten Wochen Politik und Medien stark beschäftigte. Die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen, mit der Begründung der mangelnden Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, wird von vielen Beobachtern angezweifelt. So wundert niemanden das starke Interesse an der Veranstaltung „Europa jenseits der EU - Kroatien auf dem Weg in die europäische Union“.

Der Abend wurde eingeleitet von Alfons Schöpfs, dem Direktor der State Legislative Leaders Foundation, einer Stiftung die sich mit Förderung von Bildung in den USA und zunehmend auch auf dem europäischen Kontinent beschäftigt. Danach sprach Dr. Albert vom Hilfswerk Renovabis ebenfalls ein paar einleitende Worte, wobei er die Zusammenarbeit seiner Organisation mit Kroatien in den Vordergrund stellte. Er fügte hinzu, dass Europa größer ist, als in der heutigen Ausdehnung der EU und Kroatien ein integraler Bestandteil davon sei. Dann übergab er das Wort an Dr. Michael Albus, der an diesem Abend die Moderation übernahm. Er bat die beiden Referenten sich jeweils kurz vorzustellen und ihre Position zum EU-Beitritt Kroatiens zu äußern. Den Anfang machte Herr Daniel Gluncic, Vertreter der Botschaft Kroatien und dort zuständig für den Umgang mit Religionen und Glaubensgemeinschaften. Er betonte zu Beginn den Wunsch Kroatiens zur EU zu gehören und bedauerte die Verzögerung der für den 17. März geplanten Beitrittsgespräche. Dabei wird das Thema schon sehr viel länger diskutiert. Als Beleg führte er einen Artikel des ehemaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher aus der Nordseezeitung vom 29.10.1999 an. Er

wandte sich dagegen, dass Kroatien trotz ausgesprochen positiver ökonomischer Entwicklung auf einen unbestimmten Beitrittstermin vertröstet werde und forderte den Beitritt aller Länder des ehemaligen Jugoslawien zur EU. Die Entscheidung dürfe dabei nicht vom schlechtesten Kandidaten, in diesem Fall Serbien, abhängen, sondern müsse je nach länderspezifischen Fortschritten erfolgen. Dieser Meinung schloss sich Herr Gluncic uneingeschränkt an. Im Anschluss daran schilderte er die heutige Situation des Landes. Kroatien ist ein Land mit 4,3 Millionen Einwohnern, die nach dem Ende des Krieges eine enorme Leistung beim Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und Infrastruktur vollbracht haben. Ebenso wichtig ist jedoch der geistige Wiederaufbau und die Rückkehr zu den eindeutig westeuropäisch geprägten Wurzeln des Landes. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien, der auf eine Festlegung im Versailler Vertrag zurückgeht und 1929 als Königreich gegründet wurde, war ein künstliches Gebilde und von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Sowohl das Königreich als auch das Jugoslawien Titos hätten die innerstaatlichen Konflikte zwischen den Ethnien nicht lösen können, die sich nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens in mehreren furchtbaren Kriegen entluden. Um die regionale Stabilität und ein friedliches Zusammenleben der heutigen Nachbarstaaten zu gewährleisten sei die EU der einzige Ausweg. Kroatien könne dabei für Brüssel eine Brückenfunktion zu den südosteuropäischen EU-Staaten Griechenland und Zypern übernehmen. Die politische Führung des Landes ist sich der Tatsache bewusst, dass sie auch Verantwortung für die Region übernehmen müssen, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, sowie die Aussöhnung mit Serbien sind dafür unverzichtbare Grundlagen. Die von der EU aufgestellten Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen umfassen die Reform der Justiz und der Verwaltungsstrukturen, sowie eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Auf allen Gebieten sind Fortschritte erzielt worden, eine positive Entscheidung aus Brüssel würde daher bedeuten, dass sich die Reformen auszahlen.

Der zweite Referent, Herr Klaus Peter Willsch, MdB begann seinen Vortrag mit seiner persönlichen Beziehung zu Kroatien. Bereits während seiner Zeit in der Jungen Union habe er sich mit dem Thema beschäftigt und sein Interesse bei vielen Besuchen im Land vertieft. Durch seine unzähligen Kontakte war er prädestiniert für die Aufgabe des Beauftragten für die Beziehung zum kroatischen Parlament. Er stellte seinen weiteren Vortrag unter die Frage,

wie es mit dem Land weitergeht. Dazu präzisierte er die Forderungen der EU, die Herr Gluncic bereits genannt hatte. Die Justizreform sei auf einem guten Weg, auch wenn man noch nicht vollends zufrieden sein kann. Ein weiteres Kriterium sei der Umgang mit Minderheiten und die Rückkehr der Flüchtlinge. Auch hier wurden große Fortschritte gemacht. Es solle jedoch bedacht werden, dass nicht jeder Flüchtling das Recht auf Rückkehr in Anspruch nimmt. Daraus könne man keinen Vorwurf gegenüber Kroatien kreieren. Ein umstrittenes Thema ist die Zusammenarbeit mit Den Haag, die nach Ansicht Kroatiens mehr als ausreichend war und bis heute ist. Konkret kam der Fall des Generals Ante Gotovina zur Sprache, dessen Auslieferung gefordert wird. Sein Aufenthaltsort ist jedoch nicht bekannt. Hinzu komme, dass der Gesuchte einen französischen Pass besitzt und sich somit relativ frei bewegen kann. Woran sind die Verhandlungen dann letztlich gescheitert? Diese selbst gestellte Frage konnte Herr Willsch nicht beantworten. Er nehme an, dass es dafür Gründe gibt, die nicht veröffentlicht werden sollen. Die Begründung, der Fall Gotovina sei der Anlass für den Abbruch der Verhandlungen, wies er als nicht ausreichend zurück, da die Zusammenarbeit der kroatischen Regierung mit Den Haag in allen anderen Fällen reibungslos funktioniere. Er schloss seinen Vortrag mit dem Appell Kroatien sei ein europäisch geprägtes Land und müsse als solches in den Kreis der EU-Staaten aufgenommen werden. Die Ablehnung seitens der EU zerstört in Kroatien viele Träume und verzögert damit wirkungsvolle Reformen.

Herr Albus begann die Leitung der Diskussion mit der Feststellung, dass die Menschen in Westeuropa nur ungenügend über die Länder des ehemaligen Jugoslawiens Bescheid wissen. Selbst Journalisten, die eigentlich zur gründlichen Recherche verpflichtet sind, besitzen eher ein gefährliches Halbwissen und tragen zur schlechten Informationslage der Menschen bei. Um diese aufzubessern bat er um Fragen aus dem Publikum. Es wurden verschiedene Aspekte angesprochen. Als erstes kam die Frage nach dem historischen Aspekt der Balkanproblematik. Die Geschichte des Vielvölkerstaates geht auf den Versailler Vertrag zurück, in dem die Zerschlagung Österreich-Ungarns festgelegt wurde. 1929 entstand das Königreich Jugoslawien. Die Nachfolge trat ein sozialistisch geprägtes Jugoslawien an, welches unter Tito zwar äußerlich stabil war, innere Konflikte aber nicht lösen konnte. Der Zerfallsprozess der frühen neunziger Jahre war die unausweichliche Folge. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bosnienfrage angesprochen. Bosnien-Herzegowina gilt bis

heute als instabil, da hier drei Ethnien Kroaten, Serben und Bosniaken zusammenleben. Herr Gluncic nannte Bosnien ein Jugoslawien im Kleinen, welches glücklicherweise zusammengehalten werde. Von der Bosnienfrage hänge jedoch die weitere Integration der EU ab, Kroatien ist also an einer langfristigen Stabilisierung der Region interessiert. Dazu sei es nötig Rechtssicherheit im Land zu schaffen, um es für Investoren interessant zu machen. Es wurde auch die Konkrete Frage nach der Situation Kroatiens in drei Monaten gestellt. Die Situation wird sich nicht wesentlich ändern. Herr Willsch versprach aber sich zu bemühen, die Hintergründe der Verschiebung des Verhandlungstermins in Erfahrung zu bringen. Als problematisch für Kroatien könne sich das zu erwartende Nein der Franzosen bei der Abstimmung über die EU-Verfassung erweisen. Die EU wird dadurch in ihrer Weiterentwicklung enorm geschwächt. Es mehren sich Stimmen, die fordern vorerst keine weiteren Beitritte zu realisieren, bis eine Verfassung für Europa die Handlungsfähigkeit der Union gewährleistet. Das Stichwort europäische Verfassung wurde sofort aufgegriffen. Es wurde kritisiert, dass sich im Gesetzestext kein Verweis auf christliche Werte finde. In diesem Kontext wurde die Abnahme der Bindung an die Kirche und den damit verbundenen Verlust von Werten und Moral gezeigt. Besonders bei der Diskussion um den Werteunterricht in Berlin werde deutlich das die Religion eine zu geringe Rolle spiele. Es wurde natürlich auch die Frage nach der Bedeutung der Religion in Kroatien gestellt. Die Kirche habe dort sehr starken Zulauf. Insbesondere das Priesteramt sei sehr beliebt, auch wenn es keinerlei Bezahlung dafür gibt. Als Abschluss wurde die Frage nach der Zukunft Kroatiens im Falle einer endgültigen Ablehnung oder längerer Verzögerung der Beitrittsverhandlungen gestellt. Eine derartige Situation wäre deprimierend für das Land und könne lähmend auf den Reformprozess wirken. Auch sei nicht auszuschließen, dass radikale Kräfte Zulauf bekämen. Die EU trage eine große Verantwortung und solle endlich die wahren Gründe für die Verzögerung offen legen. Man kann als einhelliges Fazit der Veranstaltung ziehen, dass der Beitritt Kroatiens gewünscht wird. Die Veranstaltung endete gegen 20:30 Uhr.

*Kristin Schreiter*